

## Tibet: Weniger Verhaftungen, weniger Widerstand

Die Zahl der politischen Gefangenen in Tibet hat sich in den letzten zwei Jahren halbiert. Dies ist das Ergebnis eines Berichts, den das Tibet Information Network (TIN) Anfang dieses Jahres veröffentlichte. Gegenwärtig gibt es demnach 266 politisch Inhaftierte (im Januar 1999 waren es 538). Davon sind rund 75 Prozent Mönche und Nonnen; nahezu ein Fünftel sind Frauen. Als Gründe für diese Entwicklung geben die Autoren des in London ansässigen Informationsdienstes an, daß für eine große Zahl von Gefangenen in den letzten zwei Jahren die Haftstrafe endete. Darüber hinaus scheinen die Kampagnen des harten Durchgreifens, die brutalen Bestrafungen in den Gefängnissen und die harschen Sicherheitsmaßnahmen in tibetischen Städten und Regionen Wirkung zu zeigen: Tibeter seien weniger bereit, Widerstand zu leisten und das Risiko einer Inhaftierung einzugehen. TIN sieht einen Zusammenhang zwischen der Intensivierung der Patriotischen Umerziehungskampagne 1997 und der Abnahme der politisch motivierten Verhaftungen. In den Klöstern habe die Kampagne dazu geführt, daß Mönche und Nonnen aus ihrem Orden vertrieben wurden oder ihr Heimatland verließen.

37 politische Gefangene sind seit 1987 in Folge der Folter gestorben, 20 von ihnen in dem berüchtigten Drapchi-Gefängnis in Lhasa. So sehen die Autoren des Berichts die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in diesem Gefängnis als eine Ursache an, warum die Tibeter die Inhaftierung fürchten. Folter gehöre dort nicht nur während der Verhöre, sondern auch während der Haftzeit zur Routine. Schläge mit Holz- oder Eisenstangen, Elektroschocks, Isolation, Schlaf- sowie Nahrungs- und Flüssigkeitsentzug müssen die Gefangenen über sich ergehen lassen. Manchmal werden sie zeitweise in Dunkelheit, in Schmutz oder Kälte gehalten. Aus Drapchi ist bekannt, daß die Opfer unter sehr schlechter gesundheitlicher Verfassung leiden. Mit Haftverlängerung werden diejenigen bestraft, die sich politisch äußern oder an politischen Aktivitäten im Gefängnis beteiligt sind. Längere Haftzeiten bedeuten oftmals kürzere Lebensspannen.

Ein weiteres Ergebnis des Berichts ist, daß seit 1996 die massiven Proteste in der sogenannten Autonomen Region Tibet und damit auch die Verhaftungen deutlich weniger wurden. Gleichzeitig wurden außerhalb des Kernlandes mehr Tibeter aus politischen Gründen inhaftiert. Zur Zeit kommen rund ein Drittel aller politischen Gefangenen in Tibet aus diesen Regionen (zwischen 1987 und 1991 waren es nur sechs Prozent). TIN weist darauf hin, daß der Bericht fern davon ist, vollständig zu sein. Informationen über politische Gefan-

gene gelten in China als „Staatsgeheimnis“. Wer sie ohne offizielle Genehmigung weitergibt, gilt als Spion. *bs*

## Mehr Folter in China

Schwere Vorwürfe erhebt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Februar 2001 gegenüber China: Folter nehme zu, und eine wachsende Zahl von Beamten mißhandle ein größeres Spektrum von Opfern. Gegenüber politischen Dissidenten, tibetischen Nonnen, Wanderarbeitern, werde Folter „weit verbreitet und systematisch angewendet“. Aber auch andere Gruppen sind betroffen: Menschen, die wegen krimineller Straftaten angeklagt sind, und ihre Rechtsanwälte sowie Chinesen, die ihre Steuern nicht bezahlen oder die beschuldigt werden, gegen die Familienpolitik verstoßen zu haben. Die Organisation führt als Beispiel einen Bauern in Hunan/Zentral-China an, der durch Beamte der Familienplanung am 15. Mai 1998 zu Tode gefoltert worden sein soll, weil seine Frau ohne Erlaubnis schwanger war.

Die chinesische Regierung reagierte auf den Bericht von Amnesty verhalten. Die Menschenrechtler hatten nach eigenen Angaben im Vorwege alle in dem Bericht veröffentlichten Fälle mit Regierungsvertretern diskutiert. Ihre Fragen wurden allerdings mit Schweigen oder kategorischer Leugnung beantwortet. In China selbst gibt es mittlerweile eine Debatte über den Machtmißbrauch. Hou Zongbin, ein chinesischer Parlamentsabgeordneter, hatte im Dezember 2000 die Fälle, in denen Folter als Mittel zum Erpressen von Geständnissen angewendet wird, als „an bestimmten Orten sehr ernst“ bezeichnet und dazu aufgefordert, sie nicht zu tolerieren. Obwohl die Regierung in Peking das Problem kenne, unternehme sie nichts dagegen, so der Vorwurf von Amnesty.

Es ist der erste ausführliche Bericht von Amnesty International über Folter in China seit zehn Jahren. Auf 58 Seiten werden Details über 75 konkrete Fälle von Mißhandlung aufgelistet. Weitere 600 Fälle werden ebenfalls genannt, aber nicht ausführlich dokumentiert. Von einigen Betroffenen erfuhren die Menschenrechtler aus chinesischen Zeitungen, die sich des Themas immer häufiger annehmen. „Die Zeugnisse, die Amnesty erhält, sind nur die Spitze des Eisberges,“ kommentiert Curt Goering, ein Sprecher der Organisation in den Vereinigten Staaten. „Folter geschieht in China täglich. Sie ist ein Versuch zu zerstören und zu kontrollieren, einzuschüchtern und zu bestrafen.“ In einem anderen Bericht von Amnesty International wird geschätzt, daß in China gegen mehr Menschen die Todesstrafe verhängt wird als in jedem anderen Land der Welt. Mindestens 40 Menschen sollen 1999 durchschnittlich in jeder Woche exekutiert worden sein; vermutlich liegt die wirkliche Zahl, die als Staatsgeheimnis gilt, noch höher. *bs*

## Startschuß für den Bau der Eisenbahn nach Tibet

Den Startschuß für den Bau der Eisenbahn nach Tibet (Tibet und Buddhismus, Heft 57) gab der chinesische Nationale Volkskongreß im März 2001 in Peking. Als Ziel für die nächsten fünf Jahre wurde dort u.a. die „Entwicklung der westlichen Provinzen Chinas“ formuliert, wobei es schwerpunktmäßig um wirtschaftliche Reformen, die Ausbeutung der Ressourcen und die technologische Entwicklung gehen soll. Der Bau der Eisenbahn von Qinghai nach Lhasa spielt in diesen Plänen eine Schlüsselrolle, und so wurde für das Mammutprojekt ein entsprechendes Budget bewilligt. Der chinesische Premierminister Zhu Rongji selbst rief zur „go west“-Kampagne auf.

Der Fünfjahresplan sieht weiter den Bau einer Gasleitung von Xinjiang nach Shanghai sowie von Sebei/Qinghai nach Lanzhou/Gansu vor. Die britische Firma BP war in den letzten Monaten in die Kritik geraten. Sie ist über ihren Anteil am staatlichen Ölkonzern PetroChina maßgeblich an dem Projekt beteiligt, das die Ressourcen Tibets zum Schaden der Tibeter und ihrer Umwelt ausbeutet. (*Tibet und Buddhismus, Heft 56*) Weiter ist die Errichtung von Stromleitungen vom Westen in den Osten Chinas geplant. Sie macht die westlichen Regionen zu Energielieferanten für die industriell entwickelten, energiehungrigen östlichen Gebiete. Ein anderes Großprojekt, das die Verantwortlichen in Peking angehen wollen, ist die Umlenkung des Wassers aus dem Yangtse in den Gelben Fluß, die beide auf dem tibetischen Plateau entspringen. Umweltschützer befürchten gravierende Folgen für das tibetische Ökosystem. Die größte Herausforderung ist der Bau der Eisenbahn. Vier Fünftel der Strecke wird durch Gebiete führen, die höher als 4000 Meter liegen, und bei einem Großteil handelt es sich um gefrorene Böden. Rund 1600 chinesische Wanderarbeiter sollen entlang der Route zum Einsatz kommen. Nach dem Willen der Politiker soll die Eisenbahn im Jahr 2006 fertig gestellt sein. *bs*

## Tibetisch Neujahr und 10. März in Lhasa

Auch dieses Jahr standen die Sicherheitskräfte in Lhasa anlässlich des 42. Jahrestages des tibetischen Volksaufstandes in Alarmbereitschaft. Informationen des Tibet Information Network (TIN) zufolge war zusätzliches Sicherheitspersonal in Lhasa im Einsatz, besonders in den größeren Klöstern und Tempeln in Lhasa. Einige Tage vor dem 10. März 2001 zitierten die Behörden ehemali-

ge politische Gefangene und ihre Verwandten zu sich, um sie vor „anti-staatlichen Aktivitäten“ zu warnen.

Regierungsbeamte und Schüler in Lhasa wurden schon für Tibetisch Neujahr (24. Februar) angewiesen, zu Hause zu bleiben. Es war ihnen an diesem Tag nicht erlaubt, an den Gebetsfesten in den Klöstern teilzunehmen oder Spenden an Tempel und Klöster zu geben. Das Große Gebetsfest, das früher in Lhasa gefeiert wurde, haben die Behörden in dieser Form abgeschafft, da es anlässlich der Feiern in den vergangenen Jahren häufig Proteste und Demonstrationen für die tibetische Unabhängigkeit gab. Mönche in Sera, Ganden und Drepung erhielten die Order, das Fest nach offiziellen Maßgaben zu zelebrieren. Die Behörden sollen in den drei großen Klöstern jedem Mönch umgerechnet rund 60 Dollar angeboten haben, wenn er an den offiziellen Feierlichkeiten zu Tibetisch Neujahr teilnimmt. In den offiziellen Zeitungen war von „Spenden“ an die Mönche die Rede. *bs*

## Same procedure – keine Debatte über Menschenrechte in Genf

Zum 10. Mal in zwölf Jahren konnte China es vermeiden, vor der UNO-Menschenrechtskommission wegen Menschenrechtsverletzungen abgeurteilt zu werden. Die USA hatten eine Resolution eingebracht, in der China u.a. wegen der Unterdrückung der Falun Gong-Bewegung und des harten Vorgehens gegen Dissidenten und Tibeter kritisiert wurde. Die Mehrzahl der Länder unterstützte im März in Genf den chinesischen Antrag auf „Nicht-Befassen“ (no action). Peking konnte wieder auf die Hilfe von traditionellen Verbündeten und Erzfeinden der USA zählen, insbesondere afrikanischer, asiatischer und arabischer Länder. 53 Staaten, vor allem Entwicklungsländer, sind in der Menschenrechtskommission vertreten. 23 Länder stimmten für den chinesischen Antrag, 17 dagegen bei 12 Enthaltungen.

Während der Sitzung waren Wei Jingsheng und einige Exil-Tibeter zugegen, die im Falle einer Annahme der Resolution für eine Diskussion über die Menschenrechtslage in China und Tibet bereit standen. Draußen protestierten schweigend Hunderte Falun Gong-Mitglieder gegen das Verbot ihrer Organisation und die Verfolgung ihrer Mitglieder. Scharfe Worte fand das Internationale Komitee der Anwälte für Tibet: „Aufgrund dieser Abstimmung wird die Folter unvermindert weitergehen und unschuldige Männer, Frauen und Kinder werden als Folge davon sterben,“ sagte Dennis Cusack, Präsident des Komitees. Die Europäer klagte er an, sich im Vorwege nicht entschlossen für die Annahme der amerikanischen Resolution eingesetzt zu haben, „damit die Tür für mehr Handel mit China offen bleibt.“ Kalon

T.C. Tethong, Vertreter der tibetischen Regierung im Exil, sagte, von Europa gehe dadurch das falsche Signal an die chinesische Regierung aus, „daß sie auf den Menschenrechten ihrer eigenen Bürger und ethnischer Minoritäten herumtrampeln könne, ohne Protest von einem starken und wichtigen Teil der freien Welt.“ Die Europäische Union hatte sich nicht entschließen können, die Resolution gemeinsam mit den Amerikanern einzubringen. Europäische Vertreter, u.a. Deutschland, hatten jedoch gegen Chinas Antrag auf Nicht-Befassen gestimmt. *bs*

---

## Virtuelle Heimat für die Tibeter

Eine mehrsprachige Website hat die tibetische Regierung im Exil eingerichtet: [www.tibet.net](http://www.tibet.net) bietet Informationen über alle Aspekte Tibets wie Geschichte, Kultur, Religion und Politik, das Tibetproblem und die Regierung mit ihren Institutionen. Die Web-Seiten können in Tibetisch, Englisch, Hindi und Chinesisch abgerufen werden. Ein Web-gestützter e-mail-Service ([www.tibetmail.net](http://www.tibetmail.net)) soll darüber hinaus den Nutzern ermöglichen, sich in tibetischer Sprache auszutauschen. Neue Impulse versprechen sich die Initiatoren für den gemeinsamen Kampf der Tibeter um ihre Unabhängigkeit. Neu ist auch ein tibetisches Tastaturprogramm für Windows, das frei zugänglich ist. Damit soll nach Worten von Jigme Tsering, Leiter des Tibetan Computer Resource Centre in Dharamsala, die Möglichkeit einer standardisierten tibetischen Computerschrift geschaffen werden. „Es ist meine Hoffnung, daß im Cyberspace eine virtuelle tibetische Gemeinschaft entstehen kann“, sagte der Dalai Lama in einer Botschaft an die Betreiber der Website. Der Gestalter und Webmaster, Dan Haig aus Kanada, möchte der internationalen Gemeinschaft einen leichteren Zugang zu soliden Informationen über die Lage in Tibet bieten und damit einen Beitrag zur Lösung des Tibet-Problems leisten. *bs*

---

## Unterstützung für Nonnenkloster in Nepal

Die Vision von Lama Yeshe könnte schon bald Gestalt annehmen: Lama Yeshe wollte ein Kloster schaffen, in dem buddhistische Nonnen sich der Meditation und dem Studium der buddhistischen Philosophie widmen, um am Ende ihrer Ausbildung als spirituelle Lehrerinnen den Dharma zu pflegen und weiterzugeben. Das Kloster gibt es bereits: Es ist das KGS-Kloster (Khachoe Ghayil Ling) in Kathmandu/Nepal, und die Gelder für einen dringend erforderlichen Neu- und Anbau sind nun zusammengekommen. Acht Nonnen

des KGS-Klosters waren von Oktober bis Dezember 2001 „auf Tournee“ in Europa, und sie nahmen rund 140 000,- DM durch Veranstaltungsbeiträge, Spenden und den Verkauf von Devotionalien ein. Auch wenn davon die Reisekosten abgehen, bleibt eine große Summe, um mit dem Anbau ihres Klosters zu beginnen. Das dreistöckige Gebäude ist inzwischen im Rohbau bis zum Dachgeschoß fertig und wird voraussichtlich bis zum Ende dieses Jahres beziehbar sein. Das Tibetische Zentrum hatte eine Veranstaltung mit den Nonnen in Hamburg organisiert und ein Spendenkonto für das Kloster eingerichtet. Allen Spendern sei für ihre großzügige Unterstützung gedankt. *eka*



Das Nonnenkloster in Kathmandu wird voraussichtlich Ende des Jahres fertig.

---

## Aufgeschnappt

- **Flüchtlingsstatus für den Karmapa:** Die indische Regierung gewährte dem im Dezember 1999 aus Tibet geflüchteten Karmapa im Februar den Status eines Flüchtlings. Sie hob damit alle Einschränkungen auf, denen das Oberhaupt der Karma Kagyü-Tradition über ein Jahr lang unterworfen war, als er als „illegaler Einwanderer“ galt. Es war ihm in dieser Zeit zum Beispiel verboten, Klöster und Pilgerorte zu besuchen. Auf einer Pressekonferenz Ende April berichtete der Karmapa erstmals in der Öffentlichkeit von den genauen Umständen seiner gefährlichen Flucht.

- **„Free Tibet before Free Trade“:** Mit einer Banner-Aktion machten kanadische Tibetfreunde in Peking auf sich aufmerksam. Zwei Aktionisten mischten sich während des Besuchs ihres Premierministers Chretien vor einem Hotel unter eine Gruppen kanadischer und

chinesischer Geschäftsleute und entrollten das Banner. Die beiden wurden gestoppt und kurzzeitig verhaftet. „Sie sind nicht in Kanada“, riefen die Polizisten, die sofort zur Stelle waren. Das Treffen der Wirtschaftsvertreter sollte den Weg für rund 200 Geschäfte im Wert von fünf Milliarden kanadischer Dollars ebneten.

• **China und die WTO:** Ob China wie vorgesehen noch dieses Jahr in die Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, ist unsicher. Aus Peking hieß es, die Verhandlungen über Chinas Subventionen für Landwirtschaft und Industrie seien festgefahren. Die Aufnahme in die WTO hänge „von dem politischen Willen der Mehrheit der entwickelten Länder ab“, hieß es aus Peking. China möchte als Entwicklungsland eingestuft

werden, weil dann höhere Subventionen erlaubt sind. Durch Subventionierung der Landwirtschaft will China Bauern-Unruhen vermeiden.

• **Die UNO-Kommissarin für Menschenrechte,** Mary Robinson, kündigte im März an, kein zweites Mal für ihr Amt zu kandidieren. Sie könne mehr „außerhalb der Zwänge bewirken, die eine multilaterale Organisation unvermeidlicherweise auferlegt“, kommentierte sie ihre Entscheidung. Zu wenig Ressourcen stünden ihrem Büro zur Verfügung, und es gebe erhebliche Widersprüche zwischen den schönen Worten, die auf den Sitzungen der UNO-Menschenrechtskonvention gesprochen würden, und der Realität. Ihre Amtszeit endet im September.

## LESERMEINUNGEN

„*Semkye Ling, Kraftakt zweiter Teil*“  
in Heft 57:

Es macht mich froh und gibt mir Mut, mich auch selbst zu engagieren, wenn ich den Artikel vom Vorstand lese und höre, mit welchem Engagement, Verantwortungsbewußtsein und Sachverstand er sich bemüht, das Tibetische Zentrum in Hamburg zu entschulden und Semkye Ling zu erhalten. Ich selbst hatte in mir oft sehr widerstreitende Gedanken und Gefühle zu diesem Thema wie: Die Kaufkosten sind zu hoch, aber andererseits braucht die Stiftung auch Geld für ihre Ziele. Wie soll der Verein zusätzlich noch die Kosten für die Renovierung und den nötigen Neubau für mehr Räumlichkeiten finanziell schaffen usw.?

Am Ende meiner inneren Diskussion kam mir zwei Sätze aus Belehrungen in den Sinn:

1. Wenn du dich zur Meditation zurückziehen willst, Sorge dafür, daß die äußeren Umstände so geordnet wie möglich sind, damit sie deinen Geist nicht zu sehr aufwühlen und dich von der Meditation abhalten. Das heißt für mich: Nur durch einen wirtschaftlich tragbaren Kaufpreis für Semkye Ling kann ein solides Fundament für ein Meditationshaus gelegt werden

2. S.H. Dalai Lama und Geshe-la gaben mir auf existentielle Fragen bei Belehrungen die Antwort: „Der Schutz liegt nur in dir selbst.“ Das heißt für mich: Der Segen Seiner Heiligkeit und unserer verehrten Lamas ist in uns selbst und an keinen Ort gebunden, so daß notfalls ein anderer Ort für ein Meditationshaus gefunden werden muß.

*Renate Albrecht, Velgen*



Stellt Euch vor, Ihr wäret Mitglieder der Studienstiftung und des ehemaligen Vorstandes des Tibetischen Zentrums: Ihr hättet das Tibetische Zentrum mitgegründet, es über viele Jahre maßgeblich finanziell und ideell unterstützt, und Ihr würdet nun diesen Artikel lesen. Wie würdet Ihr Euch immer noch Teil der Gemeinschaft, fühlen?

Die einseitige Berichterstattung läßt uns vermuten, daß es sich in Wirklichkeit um einen lang andauernden und verhärteten Konflikt handelt, der dazu führte, daß sich der ehemalige Vorstand, teilweise personell identisch mit den Stiftungsmitgliedern, von den Belangen des Tibetischen Zentrums nach so vielen Jahren zurückgezogen hat. Wir sind davon überzeugt, daß derartig ungelöste Konflikte negative Eindrücke im Geist hinterlassen, die sich potenzieren und bei erneuten Schwierigkeiten (die gewiss auftreten werden) eine Konfliktlösung sehr erschweren oder sogar verhindern und somit den Frieden in dem Saṅgha gefährden. Hingegen ist das Sichtbarmachen und Lösen eines Konfliktes eine hervorragende Chance für das Entstehen eines stabilen Saṅgha mit starken Persönlichkeiten.

*Katrin Seeber und Astrid Christen, Hamburg*